



Gesellschaft | Verein freuw schliesst Informations- und Beratungsstelle in Visp

Kanton springt nicht ein



Entschieden. Der Vorstand des Vereins freuw hat sich die Entscheidung nicht einfach gemacht. Uli Truffer, Karin Pece (Beraterin), Carla Bertholjotti, Barbara Guntern Anthamatten (Co-Präsidentin) und Mirjam Bumann-Ricci (Co-Präsidentin).

FOTO WB

VISP | 25 Jahre unterstützte der Verein freuw Männer und Frauen unter anderem beim beruflichen Wiedereinstieg. Ende Jahr muss der Verein wegen fehlender finanzieller Unterstützung seine Beratungsdienstleistungen einstellen, der Verein bleibt aber bestehen.

«Wir bedauern es sehr, dass es uns bis zum Sommer 2018 trotz zahlreicher Interventionen nicht gelungen ist, eine

solide finanzielle Basis zu finden, die es uns erlauben würde, die Dienstleistungen von freuw auch ab 2019 längerfristig professionell aufrechtzuerhalten», so Barbara Guntern Anthamatten gestern vor den Medien. Der Entscheid, die Beratungsstelle nach 25 Jahren zu schliessen war nicht einfach, betonte der Vorstand nachdrücklich. Zudem konnten die Vorstandsmitglieder auch nicht verbergen, wie enttäuscht sie sind, dass der Kan-

ton den Verein nicht finanziell unterstützen will.

Keine Zusagen

Rückblick: Im Frühjahr 2016 entschied das Eidgenössische Departement des Innern (EDI), die Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz von jährlich rund 150'000 Franken zukünftig nicht mehr für die Unterstützung der schweizweit insgesamt neun Beratungsstellen aufzuwenden, sondern in die Fachkräfteinitiative zu investieren. Wie der «Walliser Bote»



bereits berichtete, hat der Bund dabei den Auftrag der zukünftigen Unterstützung der bisherigen Beratungsstellen an die Kantone weitergegeben. Nach dem Entscheid des EDI hat sich der Vorstand intensiv mit möglichen Zukunftsszenarien auseinandergesetzt und insbesondere Unterstützung beim Kanton gesucht. Wurde dabei bei verschiedenen Departementen, Dienststellen sowie dem Gesamtstaatsrat vorstellig.

«Ausnahmslos wurden unsere Dienstleistungen als wichtig und wertvoll erachtet. Finanzielle Zusagen wurden uns allerdings keine gemacht», zeigt sich Guntern Anthamatten enttäuscht.

Zwei Drittel werden unterstützt

Von den betroffenen Beratungsstellen würden etwa zwei Drittel neu ab 2019 vom Kanton finanziell unterstützt. Für den Kanton Wallis würden aber anscheinend die bestehenden Angebote, von Dienstleistern wie etwa dem Sozialmedizinischen Zentrum oder auch dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum RAV, für die berufliche Integration ausreichen. «Die Schnittstellen, die wir mit diesen Institutionen hatten, sind uns bekannt, aber bei freuw hatten wir eine wichtige Triage-Funktion, haben zwischen den Akteuren vermittelt und vor allem stand bei uns

die tatsächliche Gleichstellung im Fokus. Und dies können die besagten Akteure nicht im gleichen Mass verfolgen wie wir.» Insbesondere die Begleitung von Wiedereinsteigerinnen in ihrer teils komplexen Situation oder auch die Unterstützung von Frauen und Männern sowie Unternehmen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sieht der Vorstand ohne die Beratungsstelle freuw als nicht gewährleistet. Besonders enttäuscht zeigt sich der Vorstand vom Departement von Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten. «Wir bedauern es, dass selbst das Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur mit seinem Amt für Gleichstellung und Familie offensichtlich nicht über nötige finanzielle Mittel verfügt, bewährte Projekte zur Umsetzung der rechtlich garantierten Gleichstellung auf dem Terrain zu unterstützen.»

«Gesetzliche Grundlage fehlt»

«Uns fehlt die gesetzliche Grundlage, um solche Beratungsstellen zu finanzieren. Ich habe dem Verein allerdings andere Möglichkeiten aufgezeigt wie etwa Delegationsmandate. Konkret hätten sie im Auftrag des Sozialmedizinischen Zentrums Frauen, die Sozialhilfe beziehen, weiter begleiten und coachen kön-

nen», erklärt Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten auf Anfrage. Sie könne die Enttäuschung des Vereins durchaus verstehen. «Ich bedauere, dass es den Bereich der Beratung von freuw in Zukunft nicht mehr geben wird. Es gibt aber zahlreiche Stellen, wie etwa beim RAV, bei der Berufsberatung oder bei der Sozialhilfe und im Asylwesen, wo der Fokus vermehrt auf der Beratung und dem Coaching liegt», ergänzt die Staatsrätin. Da die Beratungsstelle per Ende Jahr schliesst, werden seit rund einem Monat keine neuen Kundinnen mehr angenommen. Die Hilfe suchenden Frauen und Männer werden an die Oberwalliser Institutionen wie RAV, Sozialmedizinisches Zentrum oder die Berufs-, Studien und Laufbahnberatung weiterverwiesen. «Unseren bisherigen Auftrag übergeben wir im Sinne des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros zurück an den Kanton und hoffen, dass dieser die Gleichstellung im Oberwallis konkret vorantreiben kann», fasst Guntern Anthamatten zusammen. Der Verein freuw bleibt allerdings bestehen. An der nächsten Generalversammlung im April 2019 soll die neue Ausrichtung des Vereins gemeinsam mit den Mitgliedern besprochen und aufgegleist werden.

meb